

blickpunkt

SPD Sachsen-Anhalt

Jahrgang 3 | S-IV/2009 | 19. 12. 2009



Politikwerkstatt Sachsen-Anhalt



INHALT

- SEITE 02: Zur Zukunft der SPD
Politikwerkstatt LSA e.V.
- SEITE 05: Die SPD erneuern
von Holger Platz
- SEITE 06: Die Basis einbeziehen
von Thomas Engler
- SEITE 07: Gemeinsame Überzeugungskraft
von Rüdiger Fikenschter
- SEITE 07: Gemeinsam streiten
von Angela Kolb
- SEITE 08: „I want you for Basisarbeit“
von Andrej Stephan
- SEITE 09: Visionen für die Gesellschaft
von Andreas Steppuhn
- SEITE 10: Nervenenden der SPD
von Petra Grimm-Benne
- SEITE 11: Zukunftswerkstatt Politik
von Felix Peter
- SEITE 12: Zukunft der SPD als Volkspartei
von Burkhard Lischka
- SEITE 13: Weichenstellungen für die SPD
von Katrin Budde

IMPRESSUM

Politikwerkstatt Sachsen-Anhalt e.V.

Ahornweg 3 | 39175 Biederitz

Vorstand

Oliver Lindner (Vors.) | Sebastian Friese & Martin Berlin (Stellv.)

Beirat

Astrid Becker | Petra Grimm-Benne | Burkhard Lischka | Mario Kremling | Gerhard Miesterfeld | Marko Mühlstein | Katja Pähle | Sibylle Reinhardt | Andreas Steppuhn | Ulrich Stockmann | Kurt-Jürgen Zander

blick.punkt

Mitgliederzeitschrift der SPD Halle (Saale)
Große Märkerstraße 6 | 06108 Halle (Saale)
blickpunkt-halle@googlegroups.com
www.blickpunkt-halle.de

Redaktion

Katharina Hintz | Andrej Stephan | Marcus Schlegelmilch
Oliver Hartung | Steven Leonhardt | Alexander v. Moltke
Christian Weinert (Koord.) | Felix Peter (Koord.)

Einschränkungen

Die Beiträge geben die private Meinung der AutorInnen wieder und sind nicht zwangsläufig mit der Meinung der SPD identisch. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingesandte Texte zu bearbeiten und ggf. nur auszugsweise abzdrukken. Die Vervielfältigung ist unter Verwendung eines vollständigen Quellennachweises gestattet. Die Rechte an Wort und Bild liegen - sofern nicht anders ausgewiesen - beim Politikwerkstatt Sachsen-Anhalt e.V. bzw. bei der SPD.



(1) Zur Zukunft der SPD

>> EIN BEITRAG VON OLIVER LINDNER, SEBASTIAN FRIESE & MARTIN BERLIN *POLITIKWERKSTATT LSA E.V.*

Nach 11 Regierungsjahren und einem heftigen Wahlergebnis am 27. September 2009 sucht die SPD allertorts nach personellen, organisatorischen und inhaltlichen Neuanfängen. Glaubt man Meinungsforschern, haben wir nicht aufgrund unseres Programms verloren. Es gibt weiterhin eine stabile Mehrheit links der Mitte. Vielmehr konnten wir nicht als Partei überzeugen.

Alle bisher vorliegenden Analysen unseres verheerenden Wahlergebnisses bei der Bundestagswahl sind sich in einem Punkt einig: Die Sozialdemokratie hat einen tief greifenden Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust erlitten. Deshalb wird es auch keine schnellen und glatten Antworten auf die Fragen geben können, die uns die Wählerinnen und Wähler durch ihre Wahlentscheidung gestellt haben.

Wir werden stattdessen gemeinsam eine grundsätzliche Debatte darüber führen müssen, wie sich unsere Gesellschaft, aber auch unser Land Sachsen-Anhalt entwickeln soll. Dabei kann es nicht nur um politische Einzel- oder Sachfragen gehen. Es muss uns gelingen, grundlegende Antworten für eine neue soziale Gesellschaft zu finden. Ein zugegebenermaßen ehrgeiziges Ziel. Aber: Nur so könne wir als SPD den uns zustehenden Platz in der neu entstandenen Parteienlandschaft glaubhaft ausfüllen und damit eine Alternative für die Menschen sein.

Bevor wir diesen Schritt leisten können, ist aber eine genaue Analyse und Bewertung der Bundestagswahl, auch unter Einbeziehung der Ergebnisse auf der Landesebene notwendig.

I. Nach der Bundestagswahl 2009

Die SPD hat bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 das schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte eingefahren. 23% der Zweitstimmen sind ein nie da gewesener Schlag ins Kontor unserer Partei.

Hinter diesem prozentualen Wert verbirgt sich der Verlust von rund 6 Millionen Zweitstimmen im Vergleich zur Bundestagswahl 2005. Die künftige Bundestagsfraktion wird aus 146 Abgeordneten bestehen und damit 76 Abgeordnete weniger umfassen als bisher. Mit diesem erheblichen Verlust an Abgeordneten und dem Verlust der Regierungsverantwortung verlieren wir politische Gestaltungskraft. Gleichzeitig geht mit dem Wahlergebnis ein erheblicher Verlust an Finanz-, Personal- und Organisationskraft in Partei und Fraktion verloren.

Dramatischer Wählerverlust

Die SPD verliert dabei Wählerinnen und Wähler in alle politischen Richtungen. Insgesamt rund 2,1 Mio. Stimmen gingen an Nichtwähler verloren. Weitere 1,1 Mio. Stimmen gingen an die Linkspartei verloren, gefolgt von Verlusten in Höhe von jeweils rund 870.000 Stimmen an Union und Grüne. Weitere 520.000 Stimmen gingen von der SPD zur FDP.

Untersuchungen über das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht zeigen, dass die SPD insbesondere bei den 18-24-jährigen (-20%) und hier insbesondere bei den 18-24-jährigen Frauen (-21%) dramatische Verluste zu verzeichnen hat. Bei Angestellten (-15%) und bei Arbeitern (-13%) sind die Verluste bei den Berufsgruppen am höchsten. Nach einer Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen kann die SPD bei Gewerkschaftsmitgliedern 33,5% der Stimmen erzielen. Dies bedeutet einen Verlust von 13,7% im Vergleich zur letzten Bundestagswahl.

Auch in Sachsen-Anhalt erzielt die SPD das schlechteste Ergebnis der Wahlgeschichte. Mit einem Stimmenverlust von insgesamt 15,9 Prozent haben wir den größten Einbruch bei der Wählerzustimmung unter allen Bundesländern zu verzeichnen. Von ehemals zehn Direktmandaten sind nur noch drei Listenmandate übrig geblieben.

Eine Kette von Wahlniederlagen

Das historische Tief der SPD vom 27. September ist kein plötzlicher Einbruch, sondern spiegelt einen langfristigen Abwärtstrend seit der gewonnenen Bundestagswahl 1998 wieder: Seit 1999 hat die SPD viele Wahlen verloren, mehrfach im zweistelligen Bereich. Die Regierungsmehrheiten in den wichtigen Bundesländern Niedersachsen (2003) und Nordrhein-Westfalen (2005) gingen verloren - ebenso wie bereits 1999 in Hessen, im Saarland und in Schleswig-Holstein (Sondersituation bei der Wahl von H.Simonis). Bei den Landtagswahlen 1999 in Hessen büßte die SPD 11,1 Prozentpunkte ein. 2002 in Sachsen-Anhalt verbuchte die Landes-SPD ein Rekordminus von 15,9 Prozent. Spätestens mit den eklatanten Verlusten bei den Landtagswah-

len in Niedersachsen (-14,5 Prozent), Hessen (-10,3 Prozent) und der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein (-12,9 Prozent) war die „Ergebniskrise“ der SPD in den westdeutschen Ländern angekommen.

Vertrauensverlust

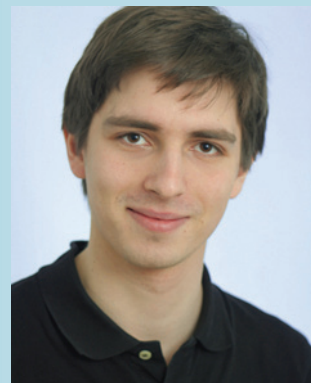
Die Zahlen zeigen, dass das Vertrauen in die SPD und ihre Problemlösungskompetenzen erodiert ist. Die Ursachen sind vielfältig. Den einen Grund für den Vertrauensverlust der Menschen in die Sozialdemokratie gibt es nicht. Es ist daher keine Zeit für schnelle und populistische Erklärungen, sondern Zeit für eine grundlegende Analyse der Regierungsarbeit der SPD. Sowohl die politischen Inhalte der SPD als auch deren Vermittlung in der Außendarstellung unserer Partei müssen Gegenstand einer intensiven und offenen Analyse sein:

Die Inhalte der Agenda 2010 und deren Umsetzung ab 2003 sind von Teilen der klassischen SPD-Wählerschaft nicht akzeptiert worden. Dies gilt insbesondere für die Reformen des Arbeitsmarktes („Hartz IV“). Es ist nicht gelungen, andere Teile des Agenda-Pakets wie das 4-Milliarden-Ganztagseschulprogramm, die Schaffung von 200.000 neuen Krippenplätzen und erhebliche Fortschritte in der energetischen Gebäudesanierung als Erfolge der Agenda-Politik zu kommunizieren.

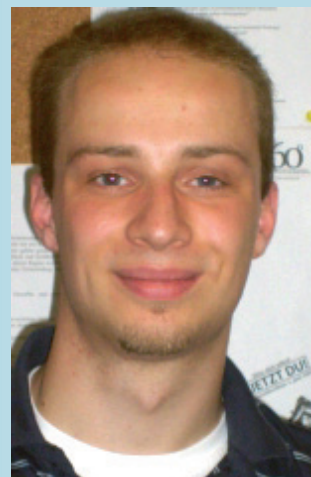
Die von der rot-grünen Bundesregierung (und der Union und FDP im Bundesrat) durchgesetzten Sozialreformen haben die vorhandenen Abstiegs- und Existenzängste insbesondere in der Mittelschicht unserer Gesellschaft - und damit in einer Kernklientel der SPD - befördert. Die gesetzlichen Regelungen zum Schonvermögen beim ALG II und die Bezugsdauer des ALG I von in der Regel 12 Monaten (vom 50 bis 58 Lebensjahr von bis zu max. 24 Monaten) haben dem Anspruch der SPD als der Partei für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland geschadet. Das Alleinstellungsmerkmal als „Partei der Arbeit“ hat schwer gelitten. Nicht zuletzt deshalb wird der SPD von vielen Menschen eine „Identitäts-



Oliver Lindner. Mitarbeiter im Finanzministerium von Sachsen-Anhalt.



Sebastian Friese. Student der Rechtswissenschaft. Stadtrat Halberstadt.



Martin Berlin. Student der Politikwissenschaften, Psychologie und Pädagogik. LAK gegen Rechtsextremismus.



entkernung“ attestiert. Das Wahlziel von 1998 „soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Innovation“ in Deutschland zu erreichen war Grund des Erfolgs und wurde sicher nicht beständig weiterverfolgt.

Zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat die SPD das Instrument der Leiharbeit politisch durchgesetzt. Es ist ihr bisher allerdings nicht gelungen, dafür Sorge zu tragen, dass Leiharbeit nicht vielfach als billiger Ersatz für reguläre Beschäftigungsverhältnisse missbraucht wird.

Die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung im März 2007 („Rente mit 67“) ist auf Ablehnung in weiten Bereichen der (vor allem gewerkschaftlich organisierten) Arbeitnehmerschaft gestoßen. Dies gilt insbesondere dort, wo Menschen in körperlich schweren Berufen schon heute nur in seltenen Fällen mit 65 Jahren in Rente gehen. In den Augen dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer drückt die „Rente mit 67“ nicht die Wertschätzung und Anerkennung für ein langes und hartes Arbeitsleben aus, die von der Sozialdemokratie erwartet wird. Auch deshalb ist das Bemühen der SPD durch Instrumente des flexiblen Übergangs (u.a. geförderte Altersteilzeit) zu gerechten Lösungen zu kommen, nicht von den Wählerinnen und Wählern honoriert worden. Dies gilt auch für die sozialdemokratischen Ziele für Vollbeschäftigung zu sorgen und einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Solange es der Sozialdemokratie nicht gelingt, das reale Renteneintrittsalter durch geeignete Maßnahmen zu erhöhen, wird die „Rente mit 67“ weiterhin als schlichte Rentenkürzung wahrgenommen werden.

Das Auftreten der SPD im Nachklang auf die Kampagne zur „Merkel-Steuer“ im Bundestagswahlkampf 2005 hat den Nimbus der SPD als Partei der Glaubwürdigkeit beschädigt: Die Ablehnung einer Mehrwertsteuererhöhung in der Wahlauseinandersetzung, um dann mit dem politischen Gegner eine Erhöhung um sogar 3 Punkte durchzusetzen hat zu enormen Vertrauensverlusten geführt. Dieser Vertrauensverlust wirkt bis heute nach.

Eine Kommunikation unserer Reformen, die politische Projekte als alternativlos darstellt und in Sachzwanglogik argumentiert - ohne dabei die Menschen von unserem Weg zu überzeugen - scheitert. Deswegen kommt es bei künftigen Projekten darauf an,

gesellschaftliche Mehrheiten von unserem Weg zu überzeugen.

Die SPD sieht sich als Volkspartei der politischen Aufgabe gegenüber, die unterschiedlichen gesellschaftlich-politischen Identitäten der Menschen in unserem Land in ihrer ganzen Bandbreite ansprechen zu wollen und zu müssen. Die Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2006 hat deutlich gemacht, dass die SPD dabei die anspruchsvollste Integrationsaufgabe aller politischen Parteien in Deutschland zu leisten hat. Sie muss ihre Anschlussfähigkeit in den verschiedensten sozialen Milieus von den „etablierten Leistungsträgern“ bis zur „bedrohten Arbeitnehmermitte“ erhalten und wieder ausbauen, wie es in der Studie der Ebert-Stiftung heißt. In einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaft ist dies eine stete Herausforderung. Bisher ist es nicht hinreichend gelungen, diese Herausforderung zu bewältigen. Die Stimmenverluste bei der Bundestagswahl 2009 in alle Richtungen des politischen Spektrums und in das Nichtwählerlager sind ein Beleg hierfür.

Folgen für die SPD Sachsen-Anhalt

Das Wahlergebnis ging auch in der SPD in Sachsen-Anhalt nicht spurlos vorbei. Direkt am Montag nach dem Wahldebakel hat der Landesvorstand als Jens Bullerjahn Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2011 nominiert

Mit dem geschlossenen Rücktritt des Landesvorstandes besteht nun die Möglichkeit, auf dem Sonderparteitag im Dezember 2009 einen neuen Landesvorstand zu wählen und bis dahin eine Analyse des Wahlergebnisses und die inhaltlichen und organisatorischen Konsequenzen aus der neuen Situation zu ziehen. Daran will ich mich gern beteiligen.

Erosion der Parteistrukturen

Unsere Parteistrukturen sind im Wesentlichen seit über 100 Jahren dieselben. Nach geografischem Prinzip gibt es einen hierarchischen Aufbau, wo Inhalte und Personen demokratisch gefunden werden. Gleichzeitig sicherte diese Struktur eine größtmögliche Beteiligung und die Nähe zum Bürger. Darüber hinaus gibt es in unseren Landesverband die Möglichkeit zur Mitarbeit in Arbeitsgemeinschaften und Landesfachausschüssen. Parteiräte überbrücken die Zeit zwischen den Parteitagen. Zu Recht muss doch die Frage gestellt werden, ob dieses Modell einer Massenpartei des 20. Jahrhunderts allein noch

tauglich ist für die heutige Zeit.

In Sachsen-Anhalt haben wir mit nur 4.200 Mitgliedern eine schwache Basis. Das Kommunikations- und Begegnungsverhalten der Menschen haben sich, nicht nur aufgrund des Internets, erheblich verändert. Die Menschen sind grundsätzlich mobiler, haben aber weniger Zeit, weil Familie, Beruf und Freizeit bei den meisten schon schwierig miteinander vereinbar ist. Und wer wirklich „Politik machen“ will, braucht leider viel Zeit. So konzentrieren sich Verantwortung und die politische Arbeit zunehmend auf wenige Schultern. Die Versammlungen der Ortsvereine sind oft düftig besucht und neue oder fremde Bürgerinnen und Bürger verirren sich selten zu unseren Versammlungen, die auch oft von Sitzungsritualen bestimmt werden. Dennoch treffen wir immer wieder viele Menschen, die entweder Mitglied bei uns sind oder uns nur unterstützen wollen, bei uns aber keinen Anschluss finden. Gleichzeitig suchen wir oft vergeblich nach Kandidaten für kommunale Ämter und für unsere Parteiämter. In vielen Orten sind wir kaum gesellschaftlich verankert, sondern sind damit beschäftigt, unsere kleine sozialdemokratische Welt am Laufen zu halten. Wir schaffen es immer weniger, über langfristige Politik nachzudenken, gutes Personal herauszubilden und für Kampagnen zu mobilisieren.

II. Zukunft der SPD entwickeln

Die SPD muss in Land und Bund den Anspruch haben, die Regierung anzuführen und nicht Juniorpartner zu sein. Wesentliche Voraussetzung dafür ist eine funktionierende Partei. Was meinen wir damit? Die SPD muss fähig zur inhaltliche Debatte und Meinungsbildung sein, sie muss exzellentes Personal herausbilden und sie muss mobilisierungsfähig sein.

Reform unserer Parteistrukturen

Nicht erst mit dem Bundestagswahlkampf 2009 ist der schwierige Zustand Parteistrukturen erkennbar. Die SPD als funktionierende Partei ist unverzichtbar.

Ohne funktionierende Partei:

- >> kein funktionierender Wahlkampf, keine Mobilisierung
- >> kein gutes und ausreichendes Spitzenpersonal auf allen Ebenen
- >> keine inhaltliche Debatte und Weiterentwicklung
- >> keine Präsenz vor Ort, Verlust an Meinungsführern und -machern!



Wir müssen darüber nachdenken, wie die SPD wieder zu einer funktionierenden Partei umgebaut werden kann. Die derzeitige Parteistrukturen sind für eine kleine Partei, wie die SPD in Sachsen-Anhalt mit 4200 Mitglieder nicht besonders geeignet. Auch wissen wir aus Untersuchungen, dass die Menschen im Land durchaus Interesse an politischer Mitwirkung haben, die Strukturen, jedoch ablehnen. In der Tat gelingt es uns nicht, ausreichend personelle und inhaltliche Ressourcen aus unseren Strukturen herauszubekommen.

Mehr direkte Demokratie in der SPD

Ziel muss es sein, mehr direkte Demokratie zuzulassen, mehr Transparenz innen wie außen herzustellen und die noch verbliebenden Köpfe und Hände einzubinden. Auch sollte ins Auge gefasst werden, ehemalige Mitglieder durch direkte Ansprache wieder zur Mitarbeit oder Mitgliedschaft zu bewegen. Die SPD der Zukunft wird eine Netzwerkpartei sein müssen, die ständig temporäre und projekt- bzw. zielbezogene Arbeit organisieren muss und den Draht in gesellschaftliche Gruppen, Vereine und Verbände halten muss.

Die Organisation darf sich in ihrer Aufgabenverteilung nicht auf Abgeordneten- oder Regierungsressourcen verlassen. Sie muss autark auch - wie derzeit - unter schwierigen Ressourcenverlust arbeiten können. Das bedeutet mehr Arbeit für ehrenamtliche Mitglieder, mehr Mobilisierung- und Koordinierungsaufwand der immer weniger werdenden hauptamtlichen Mitarbeiter. Wer mehr ehrenamtliche Mitglieder verantwortlich einbinden will, muss sie besser in Entscheidungen einbeziehen und sie vor allem ernst nehmen.

Gleiches gilt für das öffentliche Erscheinungsbild. Transparenz, Glaubwürdigkeit und Beständigkeit sind wichtige Eigenschaften einer Partei. Dazu gehört, dass wir „ansprechbar“ sind, mit regelmäßigen Bürgersprechstunden, Infoständen, Chats, Telefonhotlines, guten Internetseiten usw. Wir müssen ständig kommunizieren und somit auch aus der selbst organisierten Medienfalle der wenigen Printmedien in Sachsen-Anhalt rauskommen.

Wir müssen den Menschen das Gefühl geben, dass wir sie und ihre Probleme ernst nehmen. Dazu gehört auch wieder eine bessere Vernetzung traditioneller Beratungs- und Selbsthilfestrukturen, wie mit der AWO und den Gewerkschaften.

Sicher ist, dass unter dem neuen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel der Partei eine interessante organisationspolitische Debatte mit Veränderungen bevorsteht. Das ist auch bitter nötig. Wichtig ist, dass wir in Sachsen-Anhalt die Zeit bis März 2011 nutzen und neue Instrumente ausprobieren und eine andere, offene und dialogorientierte Haltung entwickeln, die den heutigen Erwartungen an Parteien und Politik insgesamt gerecht wird. Der Landtagswahlkampf wird dabei diesen Zielen gerecht werden müssen.

Politischen Diskurs annehmen

Die SPD muss sich politisch weder nach links noch nach rechts neu orientieren. Den Wettkampf um den größten Linkspopulismus haben die LINKEN bereits gewonnen und was christlich-liberale Politik für die Menschen bedeutet, wird uns gerade durch die Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung vorgeführt.

Die schwarz-gelbe Koalition betreibt ganz offen die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Wenn im Gesundheitswesen die Arbeitgeberbeiträge eingefroren werden sollen, dann zahlen die Versicherten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die Rentnerinnen und Rentner, alle zukünftigen Kostensteigerungen allein. Das ist der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Sozialkassen und der offene Bruch mit einem der Grundsätze, die unsere Gesellschaft wie Kitt zusammen halten

Wir wollen keine Entstaatlichung, keine Entsolidarisierung und auch kein Ausblenden des Gemeinwohls zu Gunsten der Interessen einiger Weniger. Gerade weil wir als ostdeutsches Bundesland zusätzlich benachteiligt werden, müssen wir die Auseinandersetzung mit dieser konservativ-liberalen Lesart der sozialen Marktwirtschaft offensiv annehmen und über unsere sozialdemokratischen Alternativen neues Vertrauen gewinnen.

Das Hamburger Programm, das Wahlprogramm zur Bundestagswahl und der Deutschland-Plan bieten dafür eine sehr gute Grundlage.

Sozialdemokratie wird gebraucht

Wir müssen uns selbst klar sein, dass die SPD keine Partei ist, die irgendwo zwischen LINKEN und CDU steht, sondern eine Partei mit eigenen Antworten auf drängende gesellschaftliche Fragen. Was die Anderen sagen muss bei unserer Meinungsbildung zweit-rangig bleiben, egal wer Opposition

und wer Regierungspartner ist. Die Frage, wie man Regierungszusammenarbeit organisieren kann, sollte erst aufgeworfen werden, wenn die SPD selbst ihre sozialdemokratische Position gefunden hat. Jede Antwort, die eine gesellschaftliche Mehrheit hinter sich hat, ist eine Antwort für die Mitte der Gesellschaft. Dies bedeutet auch, wo die Mitte der Gesellschaft ist, bestimmt sich jeden Tag und für jede Frage neu. Wie Sigmar Gabriel in seiner Parteitagrede richtig betonte, müssen wir die Deutungshoheit über gesellschaftliche Themen zurückgewinnen, um in der Mitte der Gesellschaft zu stehen.

Wir dürfen uns ebenso wenig dem von den Medien herbeigeschriebenen Abgrenzungszwang unterwerfen. Wenn es parlamentarische Mehrheiten gibt, unsere gesellschaftlichen Vorstellungen umzusetzen, dann sollten wir sie nutzen. Die Vergangenheit von Mitgliedern anderer Parteien sollte natürlich thematisiert werden, sie sollte letztlich aber nicht darüber entscheiden, welche Veränderungen die SPD politisch durchsetzen kann und welche nicht.

III. Konkrete Ansätze

Wir sollten uns alle gemeinsam in den nächsten Monaten darüber Gedanken machen, wie wir es besser machen können. Es wird dabei keine theoretische Debatte sein, sondern wir werden im nächsten Jahr diese neuen Instrumente bei der Aufstellung des Wahlprogramms und bei unseren Landtagswahlkampf einsetzen müssen. Es geht mir nicht darum, bisherige Strukturen abzuschaffen, sondern unsere Arbeit besser zu organisieren. Verschiedene Instrumente müssen wir einfach mal ausprobieren, Erfahrungen und Ideen austauschen und wie selbstverständlich in unsere Arbeit einfließen lassen. Politik braucht für den Erfolg Transparenz in den Entscheidungen, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit. Mithilfe von Internet, Mail etc. ist es relativ einfach, Diskussionen und Entscheidungen zu veröffentlichen und Leute miteinzubeziehen. Sicher ersetzt eine gute Website nicht das direkte Gespräch am Info-stand oder am Nachbarszaun. Wohl aber erhöhen wir unsere Erreichbarkeit deutlich. Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf wurden vielerorts tolle Ideen und neue Instrumente mit Erfolg ausprobiert. Einige Dinge gehören in unsere alltägliche Arbeit hinein. Folgende Ideen und Thesen stellen wir euch zur Diskussion:

1. Transparenz und Verlässlichkeit bedeutet: Gesicht zeigen. Wir brauchen ein integriertes Internetkonzept für die ganze SPD in Sachsen-Anhalt. Es gibt gute Vorbilder in anderen Landesverbänden, wo mit wenig Aufwand maximale Präsenz gewährleistet wird. Web 2.0-Instrumente wie Facebook, MeinVZ und Twitter sind nicht nur im Wahlkampf hilfreich. Hierfür brauchen wir Ideen, Leitfäden und Schulung für alle Interessierten. Dabei geht es nicht um den „virtuellen Infokasten“, sondern um echte Beteiligung. Die regelmäßige sozialdemokratische Bürgersprechstunde auf dem Marktplatz muss auch in Nicht-Wahlkampfzeiten „normal“ sein. Wir müssen raus und mit den Menschen im ständigen Kontakt bleiben, bzw. Ihnen das Angebot machen, mit uns über die Politik im Land und Bund zu reden.

2. Unsere Versammlungen müssen im Allgemeinen lebendiger und diskussionsfreudiger werden. Es gibt im Land

gute Beispiele. Da werden z.B. immer Referenten eingeladen oder ein Thema diskutiert. Einen Austausch der guten Ideen ist sicher sinnvoll. Wir müssen Raum und Zeit für inhaltliche Debatten schaffen. Die Ortsvereins-sitzung, in der nur über Parteiorganisation gesprochen wird, muss der Vergangenheit angehören!

3. Außerhalb der Strukturen müssen wir Angebote schaffen, die Mitglieder und Sympathisanten ansprechen, die wenig Zeit haben, aber Kompetenz und Interesse an ein bestimmtes Thema mitbringen. Das kann über zeitlich befristete und zielorientierte Projekte geschehen oder über Themenforen. Wie auch immer, eine Öffnung zu temporärer Mitarbeit auf allen Ebenen muss gesichert werden.

4. Wichtige personelle und inhaltliche Entscheidungen müssen transparent vermittelt werden und die Mitgliedschaft muss darüber befinden können. Mitgliederentscheide sollte

nicht nur theoretische Möglichkeit, sondern praktisches Element im Parteilalltag sein.

5. Eine Stärkung von AG's und Foren in der Partei bietet große Möglichkeiten, andere gesellschaftliche Akteure in sozialdemokratische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Nur wenn wir einen dauerhaften Dialog mit Vereinen und Verbänden organisieren, sind wir der erste Ansprechpartner bei der Vertretung politischer Interessen.

6. Wir dürfen nicht mehr warten, bis die Menschen zu uns kommen, sondern wir müssen auch dorthin gehen, wo wir uns nicht (mehr) heimisch fühlen. Die beste Diskussionsveranstaltung im Ortsverein macht wenig Sinn, wenn nur eine Hand voll „Stammgäste“ kommen. Manchmal ist es besser dorthin zu gehen, wo bereits Probleme diskutiert werden, als die Diskussion und ihre Teilnehmer zu sich einzuladen.

(2) SPD von unten nach oben erneuern

>> EIN BEITRAG VON HOLGER PLATZ SPD MAGDEBURG

„Neuanfang Dresden“ titelt der Vorwärts in seiner Novemberausgabe, und in der Tat, was man medial vom Verlauf und Ergebnis unseres Parteitags wahrnimmt, scheint ein erster Schritt in Richtung Erneuerung getan. Es bleibt aber noch ein langer Weg. Nachfolgend will ich einige persönliche Anmerkungen loswerden, die ich als Thesen gefaßt habe, und von denen ich hoffe, daß sie die Diskussion anzuregen vermögen.

1. Die SPD erneuern

Zu lange haben wir sozialdemokratische Politik den jeweiligen Vorständen überlassen. Besinnen wir uns der Ursprünge unserer Partei, stellen wir fest, daß die SPD des August Bebel dem Selbsthilfegedanken der ArbeiterInnen des 19. Jahrhunderts entsprang, die politische Ziele zur Überwindung ihrer Krise formulierten. Dieser Politikansatz ist uns abhandengekommen. Wir, die die Partei tragenden Mitglieder, wurden zu passiven Konsumenten einer Politik, die uns die Parteiführung verordnete. Wie schwer es uns zuletzt fiel, diese Politik (zum Beispiel Mehrwertsteuererhöhung in der großen Koalition) zu vertreten, haben wir alle leidvoll am Wahlkampfstand erfahren.

Wir, die Basis der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, müssen deshalb wieder aktiver in die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse unserer Partei eingebunden werden. Nur so können wir glaubwürdig zu unserer Politik stehen und sie nach außen vertreten.

2. Mitgliederentscheide

Es ist fast zur Regel geworden, daß die Parteiführung in Berlin und Magdeburg „im stillen Kämmerlein“ die Weichen stellt, die wir hinterher als Mitglieder nur noch absegnen können. Damit muß Schluß sein! Bedeutsame Sachfragen bedürfen einer breiten Diskussion, Personalfragen müssen fair und transparent besprochen werden, und darüberhinaus muß es möglich sein, einen Mitgliederentscheid durchzuführen.

3. Sachfragen vor Personalfragen

Gerade in Sachsen-Anhalt wird die SPD medial überwiegend als Partei wahrgenommen, deren Führungspersonal sich öffentlich und teils verletzend um Posten streitet. Das muß sich grundlegend ändern, will unsere Partei ihre verlorengegangene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

4. Links-Rechts-Schema

Die schematische Links-Rechts-Zuordnung innerhalb der SPD dient eher der Lähmung der inhaltlichen Diskussion denn ihrer Beförderung. Franz Münte-

fering hat recht, wenn er sagt: „Wir haben zu viele, die in Flügelkategorien denken, und zu wenige, die sich der Partei in allen Teilen verpflichtet fühlen“ (*Die Zeit* vom 15.10.09).

5. Inhaltliche Entscheidung

Spätestens seit dem sogenannten Schröder/Blair-Papier aus dem Jahre 1999 trägt unsere Partei den Widerspruch in sich, einerseits den traditionellen Werten wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit verpflichtet zu sein, andererseits neuen gesellschaftspolitischen Strömungen offenstehen zu wollen, die den Leistungsgedanken in den Vordergrund rücken. Die Agenda 2010 und das Erstarken der Linken haben diesen Konflikt verschärft. Im Bemühen, die unterschiedlichen Aspekte gesellschaftlicher Entwicklungen zu integrieren, ist das Profil der SPD unscharf geworden bzw. für eine zunehmende Zahl von Bürgern verlorengegangen. Das zeigt sich am deutlichsten daran, daß wir am 27.9.09 in alle Richtungen Wähler verloren haben (z.B.: 1,1 Mio an Die Linke, 1,4 Mio an CDU/CSU & FDP - SDZ, 29.9.09).



Holger Platz, Stellvertreter der Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Magdeburg Mitte und Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und allgemeine Verwaltung der Stadt Magdeburg.



Wir müssen uns deshalb darüber im Klaren werden, wofür wir künftig stehen wollen. Einseitiges „Schielen nach links“ ist dabei weder in der Sache zielführend noch verschafft es uns Glaubwürdigkeit in den Augen der BürgerInnen. Originär sozialdemokratische Politik muß als solche wieder erkennbar sein!

6. Europäische(re) SPD

Die infolge der Globalisierung neu aufgeworfene soziale Frage bedarf einer sozialdemokratischen Antwort, und zwar jenseits der nationalstaatlichen Grenzen. Nur so kann die durch den europäischen Binnenmarkt verursachte Ungleichheit korrigiert und ein Stück größerer sozialer Gerechtigkeit („soziales Europa“) geschaffen werden (vgl. Stefan Collignon, „Grenzenlos oder gar nicht“ in Die Zeit vom 5.11.09).

7. Öffnung für Nichtmitglieder

Unsere Demokratie braucht Angebote für aktive Beteiligung jener, die sich (zunächst) nicht parteipolitisch binden wollen. So geben wir Quereinsteigern eine Chance und können auf diesem Wege neue Mitglieder gewinnen. Deshalb müssen wir stärker als bisher u.a. bei Wahlen offene Listen aufstellen, auf denen auch Nichtmitglieder kandidieren können.

8. Mehr Demokratie wagen

Nicht nur die SPD steckt in der Krise. Bei der letzten BT-Wahl ist mehr als jeder vierte Wähler zuhause geblieben. Bei Wahlen zum LT oder Stadtrat liegt die Wahlbeteiligung noch deutlich darunter. Immer mehr Jungwähler gehen auf Distanz zur Demokratie (vgl. Volksstimme vom 14.10.09 zu Sachsen-Anhalt-Monitor

2009). Diese Entwicklung führt langfristig zur Legitimationskrise unseres politischen Systems schlechthin.

Wir Sozialdemokraten müssen deshalb zum Vorreiter werden in allen Anstrengungen, die darauf abzielen, verlorengegangenes Vertrauen in die Politik wieder herzustellen und die Bereitschaft zu aktiver Teilhabe zu fördern. Wir müssen dafür eintreten, über ein geändertes Wahlrecht den BürgerInnen einfluß auf die Listenplätze (Zweitstimme) zu verschaffen, und selbst insoweit als Vorbild vorangehen. Wir müssen uns für deutlich stärkere Elemente direkter Demokratie, wie zB. Volksabstimmungen auf Bundesebene, stark machen.

Lassen wir uns dabei vom Anspruch Willy Brandts, einem unserer großen sozialdemokratischen Kanzler, leiten (1969 - „Mehr Demokratie wagen“).

(3) Die Basis einbeziehen

>> EIN BEITRAG VON THOMAS ENGLER SPD ANHALT-BITTERFELD

Die historischen Niederlagen bei der Bundestagswahl und Europawahl haben in unserem Land und unserer Partei tiefe Spuren hinterlassen. In einer Zeit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 haben die Wählerinnen und Wähler ausgerechnet denen in Deutschland und Europa den Rücken gestärkt, die von uns als die ideologischen Wegbereiter angesehen werden.

Die historischen Niederlagen bei der Bundestagswahl und Europawahl haben in unserem Land und unserer Partei tiefe Spuren hinterlassen. In einer Zeit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 haben die Wählerinnen und Wähler ausgerechnet denen in Deutschland und Europa den Rücken gestärkt, die von uns als die ideologischen Wegbereiter angesehen werden. Schritt für Schritt haben uns die Menschen das Vertrauen entzogen. Eine sachliche Aufarbeitung dessen, was in elf Jahren Regierungsverantwortung von uns geleistet wurde und dessen was die Menschen, die uns als Partei an Wählerstimmen verloren gegangen sind, braucht vor allem Zeit und die Einbeziehung aller politischen Ebenen.

Der Bundesparteitag in Dresden markiert einen entscheidenden Wendepunkt. Bad Godesberg und die Jahre danach galten als die Erneuerungsbewegung der SPD nach außen. Von der Klientelpartei zur Volkspartei hin bis zur Regierungsverantwortung. Der Parteitag in Dresden muss der Beginn einer Erneuerungsbewegung nach innen sein. Wir müssen darum kämpfen, dass die SPD auf allen politischen Ebenen stärker wird und dass sich

die Willensbildung in unserer Partei wieder von unten nach oben vollzieht.

Die allgemeine Situation, in der sich die SPD aber auch alle anderen Parteien in Sachsen-Anhalt und generell in Ostdeutschland befinden, spielt dabei eine ganz besondere Rolle. Unsere politische Arbeit ist gekennzeichnet von mitglieder-schwachen Gliederungen und der Überalterung der eigenen Mitgliedschaft, der rückläufigen Verankerung von Sozialdemokraten in den kommunalen Parlamenten und der gesonderten Konkurrenzsituation zur Linkspartei und den freien Wählergruppierungen, der Überlastung unserer Mitglieder auf allen Ebenen an Funktionen und Aufgaben sowie der mangelhaften Vermittlung unserer Grundsätze, inhaltlichen Diskussionen und Regeln. In unserer Mitglieder- und Strukturschwäche liegt aber auch die große Chance, einen Großteil unserer Mitglieder in Entscheidungen sowie inhaltliche Diskussionen einzubinden.

Wenn wir unseren Mitgliedern „aufs Maul schauen“ ist die Forderung nach einem „mehr“ an Mitbestimmung und Mitgliederbeteiligung an allen Stellen des Landes zu hören. Die Forderung zur Mitglieder-

befragung oder die Möglichkeit zum Mitgliederentscheid bei wichtigen inhaltlichen oder personellen Entscheidungen könnte heute mit Hilfe neuer Medien gut nachgekommen werden. Im Jahr 2008 fand im SPD Kreisverband Anhalt-Bitterfeld die erste Mitgliederbefragung statt. Hintergrund war für die Mitglieder des Kreisvorstandes, die eigene Arbeit durch die Mitglieder außerhalb eines Parteitages hinterfragen zu können und gleichzeitig ein Bild über die Einschätzung zur Arbeitsweise der Landes- und Bundesebene zu erhalten.

Eine Grundbedingung um bei Wahlen erfolgreich zu sein ist die Motivation der eigenen Anhänger und Wählerschaft. Unsere Umfrage zeigte bereits 2008, dass wir als SPD ein schwerwiegendes Mobilisierungsproblem bekommen könnten.

Die Zufriedenheit der Mitglieder mit der Partei ist ein wichtiger Baustein für zukünftige Wahlerfolge. Bereits 2008 beurteilten 46% der Befragten den Zustand als besorgniserregend.



Thomas Engler, Kreisvorsitzender der SPD Anhalt-Bitterfeld.

(4) Gemeinsame Überzeugungskraft

>> EIN BEITRAG VON RÜDIGER FIKENTSCHER SPD HALLE (SAALE)

Es ist unverzichtbar, das Wahlergebnis genau zu analysieren, Wählerwanderungen und vermutete Ursachen aufzulisten und als Diskussionsgrundlage anzubieten. Das Ergebnis wird dadurch nicht besser. Erfolg ist das beste Argument. Wenn er ausbleibt, melden sich in der Regel alle mit dem, was sie schon immer anders wollten und fühlen sich bestätigt.

Der Beweis für diese Vermutung kann jedoch von niemandem angetreten werden. Außerdem nützt es nachträglich wenig zu sagen, was alles hätte anders gemacht werden müssen, um die Wahlen zu gewinnen, weil wir nicht nur angetreten sind, Wahlen zu gewinnen, sondern auch, um Gutes für unser Land zu tun, und zwar mittel- und langfristig, was sich bei kurzfristigen Wahlentscheidungen nicht immer gut auswirkt. Mit diesem Problem lebt die Sozialdemokratie seit jeher.

Einzelne Kritikpunkte führen jedoch nicht zu einer massenhaften Stimmenthaltung oder Wählerwanderung, solange ein Grundvertrauen in die Sozialdemokratie bestehen bleibt. Daran hat es offensichtlich in letzter Zeit erheblich gemangelt. Die Menschen wählen uns nicht unbedingt wegen unserer Verdienste in der Vergangenheit. Sie denken nicht mehr an das erkämpfte Frauenwahlrecht, die Arbeitnehmerrechte und die ungezählten sozialen Sicherheitssysteme, die inzwischen von niemandem mehr gänzlich infrage gestellt werden. Sie blicken in die Zukunft mit der Frage, wer sie wohl künftig mit welchem Anspruch gut regieren könnte. Und da hat es wenigstens zwei berechtigte Zweifel gegeben. Zum einen trägt es nicht zur Glaubwürdigkeit einer Partei bei, wenn sie als Bundesregierung, Bundestagsfraktion und Parteitag mehrheitlich etwas beschließt und durchführt, zugleich aber, oder

unmittelbar danach, andere nennenswerte Teile der Partei durch das Land ziehen und erklären, dass sie die Entscheidungen nicht gut finden, wenigstens relativieren oder gar rückgängig machen wollen und sich für das Handeln der eigenen Leute quasi entschuldigenden. „Und eine solche in sich unentschlossene Partei sollen wir wählen?“, fragen sich die Leute. In den kommenden Jahren sind wir dieses Problems zwar enthoben, doch bleibt die Verpflichtung, innerhalb der Partei alle wichtigen Punkte so klar und entschieden zu Ende zu diskutieren, dass sie schließlich von einer Mehrheit beschlossen werden und von der Minderheit auch deswegen akzeptiert werden können, weil genügend Gelegenheit gegeben wurde, Gegenargumente vorzutragen.

Der zweite und ebenso wichtige Punkt, der über Einzelheiten hinweg viele Menschen abgehalten haben muss, uns zu wählen, war die fehlende Machtoption. Bisher war es stets so, dass viele Stimmen für die Sozialdemokratie die Möglichkeit zur Führung der Bundesregierung eröffnen konnten. Diesmal war für alle klar, dass für die große und stolze Sozialdemokratie allenfalls das Mitregieren mit den Konservativen erreichbar sein würde, was zugleich von allen Beteiligten als nicht erstrebenswert angesehen worden ist. Was also war für den parteilich Ungebundenen nahe liegender, als die Konstellation zu wählen, die der CDU erklärtermaßen die liebste

war. So kam es dann auch. Schließlich hatte die FDP ein Zusammengehen mit Rot-Grün kategorisch abgelehnt und wurde für diese konsequente Haltung offensichtlich auch belohnt. Erst wenn sich eine glaubhafte Regierungsmehrheit jenseits von CDU und FDP abzeichnet, wir also wieder eine eigene Machtoption haben, wird sich dies grundsätzlich ändern. Nach Lage der Dinge geht dies nur unter Einschluss der Partei Die Linke, was gegenwärtig aus den bekannten Gründen unverantwortlich wäre. Die-ser Zustand muss jedoch nicht so bleiben. Manches wächst sich aus, normalisiert sich, nähert sich an und baut sich von der Basis, sprich den Kommunen und Ländern, her auf. Die Aussicht für die Sozialdemokratie, eine Regierung anzuführen, ist folglich nicht auf Dauer verloren. Was das alles für unseren Landtagswahlkampf 2011 bedeutet, muss offen und gründlich diskutiert werden. Programme und Personen ändern sich und auch die Einstellung vieler Menschen. Politik zu verstehen, war schon immer schwierig, das wird auch so bleiben. Schon Kurt Tucholsky sagte: „Das Volk versteht das meiste falsch, aber fühlt das meiste richtig.“ Ein solches Gefühl entsteht keineswegs nur aus der Aneinanderreihung von Einzelheiten, über die wir selbst so gern streiten. Was also ist gefragt? Entschlossenheit zum Regieren, gemeinsame Überzeugungskraft und die Aussicht auf eigene Machtausübung.

(5) Gemeinsam streiten

>> EIN BEITRAG VON ANGELA KOLB AG SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN

Die Politikwerkstatt hat u.a. die Frage aufgeworfen, wie wir es in Zukunft schaffen, genug kreative Köpfe und anpackende Hände in der Partei zu motivieren und zu mobilisieren.

Meine Antwort darauf lautet: Die Themen auf der Straße müssen wir nur aufsammeln und uns zueigen machen! Mit einem dieser Themen möchte ich eine Diskussion beginnen:

Mehr als 52 Millionen Bundesbürger organisieren ihren Alltag mit Hilfe des Internets. Neben dem klassischen Rechercheinstrument dient das Internet vor allem der Kommunikation. Wir telefonieren, schreiben unsere Nachrichten im Netz, orga-

nisieren ganze private und soziale Netze im Netz und erledigen unsere Einkäufe und Bankgeschäfte mit dessen Hilfe. Hinzu kommt, dass wir unsere Bildung, auch und vor allem politische Bildung, in nicht unbedeutendem Maße aus dem Netz erwerben. Dieses digitale Miteinander wird derzeit weniger vom Staat als von freien Marktteilnehmern kontrolliert und ausgenutzt.

Wie soll das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das jedem

Einzelnen garantiert darüber zu entscheiden, was mit seinen Daten passiert, nach deutschem Recht durchgesetzt werden, wenn die Daten auf Servern ausländischer Anbieter in der Karibik liegen? Wieso bleibt es Netzbetreibern zugestanden, wie und welche Daten wie schnell durch das Internet übermittelt werden? Wie kann es passieren, das Unternehmen den Datenverkehr zwischen den Mitarbeitern zwecks Unterbindung eines Streiks behindern.



Rüdiger Fikentscher. Kreisvorsitzender der SPD Anhalt-Bitterfeld. Seit 1990 Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. In dieser Zeit war er u.a. als Vizepräsident des Landtages und als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion tätig. Seit 1990 ist er außerdem Mitglied des SPD-Bundesparteiirates, davon zehn Jahre als dessen Vorsitzender. Von 1990 bis 2002 war er SPD-Landesvorsitzender.



Angela Kolb. Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt und Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer JuristInnen.



Die Wahrung der Netzneutralität ist deshalb eines der vordringlichsten Aufgaben des Staates. Es darf der SPD nicht genügen, sich mit Internetsperren oder Urheberrechten in unserer programmatischen Arbeit auseinander zusetzen. Es gilt, klare Regeln des Zugangs der Gewährleistung und des Zugangs zum Internet inklusive notwendiger Haftungsfragen zu definieren.

Die digitale Welt wurde und wird dabei von Menschen programmiert, die bisher nicht die politische Bühne aufgesucht haben. Das hat sich allerdings geändert. Die Piraten sind da

und politisch bereit, unser digitales Miteinander nach ihren Bedürfnissen zu regulieren.

Wir sollten nicht zuschauen, sondern uns mit den Ingenieuren der digitalen Welt, den so genannten Nerds auseinandersetzen. Diese Experten der Informationsvereinbarung bestimmen mit den von ihnen geschriebenen Computerprogrammen über das Zustandekommen von richtigen oder falschen Informationen. Entscheidend sind nicht mehr Grundwerte oder höhere Einsichten, um Informationen zu bewerten, sondern von den Nerds definierte

Algorithmen.

Exemplarisch möchte ich nur auf die Macht der Suchmaschinen hinweisen. Die Anzahl der Meldungen bei Google oder Bing bestimmen, ob Informationen politisch oder gesellschaftlich relevant werden. Für uns in der SPD heißt es, diesen Experten zuzuhören um einen bereits laufenden Prozess zu verstehen und entsprechenden Vorschläge zur Regulierung des Internet zu unterbreiten.

Ich lade Euch ein, mit mir und meinen Mitstreitern der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen darüber zu streiten.

(6) „I want you for Basisarbeit“

>> EIN BEITRAG VON ANDREJ STEPHAN JUSOS SACHSEN-ANHALT

Unter den vielen Personalentscheidungen, die in der sachsen-anhaltischen SPD nach dem Wahldebakel bei der Bundestagswahl gefallen sind, war eine richtig gute: Die nämlich, Jens Bullerjahn zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2011 zu küren.

Jens Bullerjahns - sicher nicht für alle stets charmant vermittelte - Auffassung von Politik und ihren Möglichkeiten ist nun das begrüßenswerte Angebot, dass wir 2011 zu machen haben: Unser Bundesland muss schwerpunktmäßig in Bildung und Forschung investieren, dabei aber jeden Cent mehrfach umdrehen. Zum beliebten „Onkel“, der bei jedem Besuch Geschenke für die ganze Familie von der Großmutter bis zu den lieben Kleinen mitbringt, wird man damit sicher nicht - aber wer will denn, abstrakt formuliert, für den netten Onkel mit den leckeren Kamellen später die Zeche bezahlen, wenn die Hochstapelei eines Schuldenmachers aufgefliegen ist? Jens Bullerjahns Angebot ist unbedingte, kämpferische Ehrlichkeit gegenüber alle Erbhöfen, Besitzstandswahrern und Bedenkenträgern - und daran kritisch und konstruktiv mitzuarbeiten lohnt sich.

Andere Personalentscheidungen dagegen sind schon erklärungsbedürftiger: Damit ist aber ausdrücklich nicht nur die Debatte um den Landesvorsitz gemeint, sondern das „Angebot“, dass sich den wahlberechtigten Delegierten auf dem Landesparteitag am 19.12. bieten wird. Von den 17 Angehörigen des dann zurücktretenden Landesvorstands werden mit Stand von Anfang Dezember 15 (!) - ihren Hut wieder in den Ring werfen; wenn ich ehrlich sein darf: Das ist schon höchst merkwürdig. Warum trete ich als Landesvorstandsmitglied überhaupt zurück, wenn ich eigentlich weitermachen will?

Sicher mag es dafür „technische“ Gründe geben: Gut finden muss man

es trotzdem nicht. Zumindest in der Öffentlichkeit setzen wir uns damit dem Vorwurf aus, wir würden nur eine Rochade zwischen Katrin und Holger vollführen (wollen), sonst aber ungerührt weiter machen, als sei nichts geschehen.

Dieses Denken, sollte es tatsächlich in sozialdemokratischen Köpfen in Sachsen-Anhalt anzutreffen sein, wäre gefährlich: Ich brauche an dieser Stelle nicht zusammenfassen, was der Verlust von Mandatsträgern im Bund und in Europa für die Strukturen und die Finanzierung unserer Partei bis in jeden Ortsverein bedeutet. Aber: Es werden harte vier Jahre - nach einem, wie ich denke, Ordnungsgang zur höchsten Zeit. Wir müssen den 19.12. und insbesondere die Zeit danach daher ausgiebig nutzen:

1. AGs und Fachausschüsse voran!

Die letzten Wochen haben uns gezeigt, dass unsere SPD eine lebendige Partei ist und gerade von den in ihr organisierten Interessengruppen, ihren Ideen und ihrer Unbekümmertheit profitiert. Damit meine ich ganz entschieden: Unsere Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse, also Jusos, AfB, AG 60+, AfA, AsF und andere mehr, müssen durch Leidenschaft und zielgruppenspezifische Expertise dafür sorgen, dass sich jedes einzelne Mitglied, insbesondere die seit der Bundestagswahl Hinzugekommenen, auch über den Ortsverein hinaus aufgehoben und heimisch unter Gleich- und Ähnlichgesinnten fühlt. Das bedeutet aber auch: Aus diesen Nervenenden der Partei muss regelmäßig thematischer Mehrwert

für die SPD Sachsen-Anhalt kommen, sind Thesenpapiere und Anträge für Landesparteitage etc. erwartbar. Wenn insbesondere Arbeitsgemeinschaften aber zu Vereinigungen herabsinken, deren einziger Output Nominierungen für Gremien der Gesamtpartei sind, haben wir so gut wie alles falsch gemacht.

2. „I want you for Basisarbeit!“

Auf der Mitgliederversammlung in Halle war zu erleben, welches Potential in unserer Partei steckt. Fast 130 Mitglieder, nahezu ein Drittel des Stadtverbandes, war im Volkspark zugegen, als wir miteinander ins Gespräch gekommen sind. Dabei gab es unter den vielen wertvollen Anregungen auch Mitstreiter, die monierten, sie seien in den letzten Jahren deshalb verärgert gewesen, weil sie sich in einer geknechteten Minderheitsposition gegen den „Basta“- und Neue-Mitte-Mainstream gefühlt hätten. Nur: Zu hören waren diese Stimmen in den Ortsvereinen jahrelang nicht. Genau aber das brauchen wir, in jeder Gliederung und zu jedem Anlass: Mutige Äußerungen, wenn man mit Entscheidungen nicht zufrieden ist - im Ernstfall dann eben auch eine Abstimmungsniederlage, wenn die eigenen Argumente sich nicht durchsetzen. Was mich allerdings sehr ärgern würde: In vier, acht oder noch mehr Jahren wieder die alte Leier zu hören, das man das alles eigentlich schon früher gewusst habe.

3. Strukturreform

In wenigen Sätzen: Der (infra)strukturelle Einschnitt, der unserer Partei im



Andrej Stephan, Landesvorsitzender der Jusos Sachsen-Anhalt.

kommenden Jahr auf der Basis wegfallender Bürgerbüros und Mandatsträgerbeiträge bevorsteht, wird mit der Prüfung eines Auszugs aus dem Ernst-Reuter-Haus nicht abschließbar sein. Die Ortsvereinstour der letzten beiden Jahre ist daher eines der Mittel, die einen Weg aufzeigt, wie uns die Vermeidung so genannter weißer Flecken gelingen kann; eine Garantie dafür sind freilich auch besonders aktive Minister, Fraktionäre und Staatssekretäre nicht. Die Jusos Sachsen-Anhalt wollen aufzeigen, wie es gehen kann: Im Januar wird es gemeinsam mit Ulrich Stockmann eine Wiederauflage des „Politischen Anstoß“ geben.

4. Partei versus Fraktion(en)

Als mitunter frustrierend konnte man in den letzten Jahren auch die Sprachregelung empfinden, die SPD müsse nach außen möglichst glatt und in jedem Fall geschlossen auftreten; besonders gern wurde dieses Bild bemüht, wenn Einzelne oder rebellische Gruppierungen das Handeln von unseren in Mandaten befindlichen GenossInnen oder diese sich untereinander in Zweifel zogen.

Auch hier brauchen wir in Zukunft wieder mehr Gelassenheit: Dass Fraktionen - sei es in Gemeinde- und Stadträten, in Kreistagen und im Landtag - nämlich häufig Kompromisse auszuhandeln haben, ist doch allen klar. Sicher: Diese Aufgabe ist nicht immer dankbar, aber sie ist in einer parlamentarischen Demokratie notwendig zu erfüllen.

Und exakt deshalb ist es fruchtbar, wenn Parteigliederungen - möglichst sachlich, überwiegend intern - ihre gewählten Parteifreunde immer wieder daran erinnern, dass es neben der Kunst der Kompromissfindung eben auch den - sozusagen ungeschminkten, reinen - Parteiwillen gibt, von dem gleichsam alle wissen, dass er

normativ ist und sein muss, daher aber eher selten 1:1 in politisches Handeln umgesetzt werden wird.

Es wird die Kunst nötig sein, bei der Gratwanderung Partei vs. Fraktion(en) der politisch interessierten Öffentlichkeit den fruchtbaren Kern eines außergewöhnlichen Spannungsverhältnisses zu vermitteln: 1. Die SPD ist lebendig und eben nicht gleichgeschaltet. 2. Sie weiß, dass die funktionale Trennung von Amt und Mandat auch ihre Vorteile hat. 3. Die Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt ist sich sehr wohl bewusst, vor welchen Herausforderungen das Bundesland im Herzen Mitteldeutschlands steht. Dazu stehen die Gesamtpartei, ihre Gliederungen und die für die SPD in politischer Verantwortung Befindlichen mit dem Wissen, dass inhaltliche Auseinandersetzung keine Nestbeschmutzung ist. Um authentisch zu sein, braucht man keine Weichspülerei. Und erst recht keine Maulkörbe.

5. Themen für 2011

Der Gesang, dass Sachsen-Anhalt von Bildung und Forschung lebt, soll an dieser Stelle nicht noch einmal angestimmt werden, alternativlos ist sein Kerngehalt dennoch. Ein zweites Thema berührt mich aber auch persönlich immens: die Innere Sicherheit. Und damit ist, anders als in den Köpfen unserer letzten Bundesinnenminister, nicht nur die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Organisierten Kriminalität gemeint - vielmehr die notwendige Gesamtkonzeption von Politik für eine Gesellschaft zur Vermeidung sozialer Schiefenlagen (zu denen eben auch Kriminalität gehört). Sozialdemokraten haben auf diesem Feld in der Vergangenheit viel geleistet und viel probiert: sozialer Wohnungsbau und Stadtplanung, Integration von Migranten und Kriminalgeographie. Natürlich hat nicht alles funktioniert.

Und dennoch: Das Sicherheitsgefühl von Menschen geht weiter als nur bis zum Wunsch nach der Abwesenheit etwa von Bedrohungen für Eigentum, Leib und Leben, deutlich weiter auch als der Wunsch nach Ruhe und Ordnung. Deshalb hätte ich - sozialdemokratische - Beiträge zu Innerer Sicherheit künftig gern wie folgt verstanden: Zum einen muss man den Menschen natürlich erklären, warum so und so viele Polizisten auf einen Bürger kommen, warum Polizei mit bestimmten Strategien bei Einsätzen vorgeht und pro Jahr eben nur eine bestimmte Anzahl polizeilichen Nachwuchses eingestellt werden kann. Zum anderen kann „Innere Sicherheit“ aber eben auch noch deutlich mehr sein als das Reden von der Notwendigkeit des staatlichen Gewaltmonopols. Die Gewährleistung von „Innerer Sicherheit“ umfasst für mich nicht nur den (übrigens ohnehin nicht ganz unproblematische) gesellschaftssanitären Wunsch nach der Bekämpfung und Vermeidung von Kriminalität, sondern auch das Bemühen, jeder Form von sozialer, wirtschaftlicher und struktureller Ungerechtigkeit „ex ante“ entgegen zu treten, sich für Vielfalt, Toleranz und Differenzierung bei der Suche nach Problemlösungen einzusetzen.

Und damit soll sich der Kreis für den Moment schließen. Wer vorausschauend, vielleicht sogar planend Politik gestalten will, hat bis mindestens 2011 Gelegenheit, gemeinsam mit Jens Bullerjahn, dem neuen Landesvorstand und einer hoffnungsvollen Landespartei an der Fortschreibung dessen mitzuwirken, was wir schon im Wahlkampf 2006, vielleicht aber noch nicht ausreichend visionär, probiert haben: Ohne Augenwischerei und ohne Auslassungen über das zu sprechen, was wir im nächsten Jahrzehnt für dieses Bundesland erreichen wollen.

(7) Visionen für eine solidarische Gesellschaft

>> EIN BEITRAG VON ANDREAS STEPPUHN AG FÜR ARBEITNEHMERINNENFRAGEN

Der neue Parteivorsitzende der SPD, Siegmund Gabriel, hat in seiner Rede auf dem Bundesparteitag in Dresden nicht nur die Situation der SPD richtig beschrieben, sondern auch sehr trefflich analysiert, warum die SPD so schlecht da steht und demzufolge auch die Bundestagswahl verloren hat.

Nun kommt es aber auch darauf an, die richtigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen und die inhaltliche Debatte zu forcieren. Diese Debatte darf jedoch nicht nur von Funktionsträgern bestimmt und in Hinterzimmern geführt werden. D. h. die Basis auf allen Ebenen muss mehr denn je hieran beteiligt werden und Gehör finden.

Hierbei ist die SPD gut beraten, insbesondere die jungen Menschen in der Partei einzubeziehen.

Darüber hinaus wird es wichtig sein, dass sich die SPD mehr den wichtigen gesellschaftlichen Themen zuwendet. Neben einer strukturellen und personellen Erneuerung der SPD wird es darauf ankommen, dass auch

tatsächlich eine inhaltliche und programmatische Erneuerung stattfindet. Hierbei müssen noch nicht einmal neue Themen erfunden werden, sondern Positionen und Beschlüsse aus der Vergangenheit ernst genommen werden. Als Opposition in Berlin dürfte dieses leichter fallen. Für die SPD wird es wichtig sein, in so-



Andreas Steppuhn, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Sachsen-Anhalt.



zial- und bildungspolitischen Fragen die Meinungsführerschaft zurück zu gewinnen. Dieses geht nur mit klaren Positionen, die auch verstanden werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Schere zwischen arm und reich nicht weiter auseinander geht, sondern sich wieder schließt. Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen wieder mehr Sicherheit für sich und ihre Familien erhalten.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und somit Leistungsträger unserer Gesellschaft haben schlichtweg Angst davor - und das hat sich durch die aktuelle Wirtschaftskrise und Finanzkrise noch verstärkt - ihren Arbeitsplatz zu verlieren und in Hartz IV abzudriften und mit einer niedrigen Rente in Altersarmut abzudriften.

Deswegen bedarf es an diesen Stellen politischer Entscheidungen mit ebenso klaren Botschaften.

So kann es gelingen, die Meinungsführerschaft wieder zurück zu ge-

winnen. Was noch wichtiger ist, sich neue Glaubwürdigkeit zu erarbeiten. Das Rad der Geschichte wird sich nicht zurückdrehen lassen. Deshalb reicht es nicht aus über die Vergangenheit zu diskutieren, sondern für die Zukunft „Kompetenz beim Thema Soziale Gerechtigkeit“ herauszustellen.

Es gibt keine Partei in Deutschland, bei der die Bürgerinnen und Bürger einen so hohen Maßstab beim Thema „Soziale Gerechtigkeit“ anlegen.

Der SPD würde es gut zu Gesicht stehen, Fehler einzugestehen und Entscheidungen zu korrigieren. Die SPD hat die große Chance, sich inhaltlich zu erneuern und gleichzeitig neue Kraft für Zukunftsaufgaben zu tanken. Dieses ist nicht nur eine Aufgabe der Bundespartei, sondern der gesamten Partei. Wahlerfolge in den Ländern sind auch vom Geschehen auf Bundesebene abhängig.

Im Jahr 2011 findet die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt statt. Eine der ersten Landtagswahlen nach der verlorenen Bundestagswahl. Sie

als stärkste Kraft zu gewinnen, muss das Ziel aller Sozialdemokraten sein. Deshalb sollte die Chance genutzt werden mit klaren politischen Positionen die Meinungsführerschaft zurück zu gewinnen.

Die SPD hat in Sachsen-Anhalt die Kraft dazu, 2011 wieder einen Wahlsieg einzufahren. Sie muss diese Kräfte nur mobilisieren. Eine stärker werdende SPD führt automatisch dazu, dass die anderen Parteien schwächer werden. Debatten, mit wem die SPD wann und wie regiert, helfen nicht, sondern nur klare inhaltliche Botschaften, die in allererster Linie glaubwürdig sein müssen, führen dazu, die Menschen an der Wahlurne dazu zu motivieren, die Stimme für die SPD abzugeben.

Dies gilt sowohl für Bundes- als auch für die Landesebene. Eine alte Gesetzmäßigkeit, dass nach Niederlagen wieder Siege kommen, wird auch in Zukunft gelten. Die Frage ist allerdings, wie schnell die SPD sein wird. Die Sozialdemokratie hat auf jeden Fall die Kraft dazu.

(8) Zum Umgang mit den „Nervenenden“ der SPD

>>> EIN BEITRAG VON PETRA GRIMM-BENNE *ARBEITERWOHLFAHRT SACHSEN-ANHALT*

Lasst mich Auszüge aus dem Leitantrag und aus der Rede von Sigmar Gabriel auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden voran stellen:

„Wir werden die politische Auseinandersetzung mit Schwarz-Gelb nicht nur im Bundestag und Bundesrat, sondern auch in der gesellschaftlichen Debatte führen. Immer da, wo es sich anbietet, gemeinsam mit Gewerkschaften, den Wohlfahrts- und Sozialverbänden, insbesondere der Arbeiterwohlfahrt und mit anderen sozialen Bewegungen. Wir müssen die Fähigkeit zurückgewinnen, neue soziale Konflikte zu erkennen und gemeinsam mit anderen Organisationen zu thematisieren.“

„Wir dürfen uns nicht in die Vorstandsetagen und Sitzungsräume zurückziehen. Unsere Politik wirkt manchmal aseptisch, klinisch rein, durchgestylt, synthetisch. Auch das müssen wir ändern. Wir müssen raus ins Leben, dahin, wo es laut ist, dahin, wo es brodelt, dahin, wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt. Wir müssen dahin, wo es anstrengend ist, liebe Genossinnen und Genossen, weil nur da das Leben ist, wo es anstrengend ist. Nur da, wo es anstrengend ist, da ist das Leben!“

Wir besitzen Frühwarnsysteme in unserem politischen Umfeld. Neben den Jusos hat unsere Partei noch

weitere: diese sind die Wohlfahrtsverbände aus der Tradition der Arbeiterbewegung, also die AWO und der ASB.

Natürlich sind viele SPD-Mitglieder auch Mitglied in einem dieser Verbände. Aber schnell ist die AWO in eine Schublade mit der Aufschrift „Vorfeldorganisationen“ gesteckt. Einen so distanzierenden Begriff für historische und politische Nähe muss man erst mal erfinden!

Und so nimmt es nicht Wunder, dass man in der Urfassung des Leitantrages zum Parteitag in Dresden die AWO oder den ASB wieder mal vergeblich gesucht hatte. Wie beim Hamburger Programm benötigte es dazu erst einen Antrag in letzter Minute.

Der Begriff „Basisnähe“ setzt eine gesteigerte Bereitschaft voraus, zuzuhören. Doch in Zeiten, in denen wir uns fragend angucken und überlegen wo, wie und wann uns die Leute zuhören könnten, verkennen wir die Realitäten. Wir müssen diejenigen sein, die zuhören.

„Geht raus zu den Menschen“ höre ich heutzutage an jeder innerparteilichen Ecke. Tut das! Genauer gesagt:

geht zur AWO in eurem Ort, geht zum ASB um die Ecke. Packt da mit an, wo ihr sehen könnt, was unsere politischen Entscheidungen zur Folge haben.

Doch, wenn wir „raus ins Leben“ wollen, dann reichen weder eine Zeile im Leitantrag, noch ein AWO-Mitgliedsbuch oder gelegentliche, sozialpolitische Diskussionen und strategische Kooperation zwischen SPD und AWO aus. Dann muss die Parole MITMACHEN heißen.

Aber wie? Ich will ein Beispiel aus meinem Umfeld nennen, der AWO Sachsen-Anhalt.

Im AWO Sachsen-Anhalt Vorstand haben wir stets Mandatsträger, sei es aus Bundestag, Landtag oder Stadtrat. Und sie loben unisono, wie wichtig es für sie ist, zu sehen, wie sich neue Bundesgesetze oder städtische Verordnungen bewähren. Kommen sie überhaupt in der Praxis an? Oder haben die zwischengeschalteten Bürokraten und Bedenkenträger die eigentlichen politischen Ziele weichgespült oder gar pervertiert? Außerdem: Wo gab es handwerkliche Fehler? Wo muss man dringend nachjustieren?

Dass unsere Politiker und Politi-



Petra Grimm-Benne. MdB und AWO-Landesvorsitzende.

kerinnen solche Frühwarnsysteme nicht genug nutzen, hat der SPD beim zögerlichen Nachbessern zu Hartz IV erheblich geschadet.

Und nicht nur bei solchen fachlichen Fragen funktioniert die AWO als Frühwarnsystem. In der alltäglichen Arbeit eines AWO-Vorstands, also bei den Diskussionen und bei den Ortsterminen in den AWO-Einrichtungen, wie Kindertagesstätten, Schulhorte, Altenheimen etc. erhält ein Abgeordneter oder Abgeordnete einen ungeschminkten Blick in die soziale Realität und nimmt Probleme und Trends in der Gesellschaft rasch wahr.

Das war nur ein Beispiel aus der Praxis, das zeigen soll, dass jede/r auch ohne großen Zeitaufwand bei einem Wohlfahrtsverband mitmachen und dieses Frühwarnsystem für sich nutzen kann.

Mein großes Anliegen ist es: Nicht nur Gewerkschaften und uns nahe

stehende politische Stiftungen sind unsere „Nervenenden“. Die Wohlfahrtsverbände repräsentieren eine breite Öffentlichkeit und bieten für unsere inhaltlichen Schwerpunkte ein so immenses Fachwissen. Dieser stiefmütterliche Umgang mit ihnen, wo man höchstens einmal zu Wahlkampfzeiten einen „Vor-Ort-Termin“ vereinbart hat, verbaut uns die Sympathien der sozial engagierten Mitglieder, der aufopferungsvoll arbeitenden Pflegekräfte und ErzieherInnen, und der uns im Moment so fern scheinenden Ärzteschaft.

Ich würde es in diesem Zusammenhang sehr fruchtbar empfinden, wenn nicht nur Gewerkschafter und Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung zu den verschiedenen Sitzungen der Parteiinstanzen eingeladen werden. Insbesondere der neue Landesvorstand muss sich hier mit der AWO großen externen Sachverstand zu

Themen wie z. B. Pflege, frühkindliche Bildung und Fragen der ärztlichen Versorgung dazu holen.

Es sei auch ein Beispiel genannt, wo es mir ganz augenscheinlich wird, dass wir gerade hier vor Ort nicht nutzen, was wir haben. Der Geschäftsführer der AWO, selbst Genosse, wird nicht zu parteiinternen Sitzungen eingeladen. Und das obwohl er durch seine Nähe zur immer wieder angesprochenen Basis und seiner täglichen Arbeit mit einer Vielzahl von Betroffenen, einen großen praxisnahen Erfahrungsschatz hat und einen immensen inhaltlichen Beitrag leisten kann. Auf diese Ressourcen muss sich die SPD, müssen wir uns zurück besinnen.

„Da wo es anstrengend wird, da ist das Leben!“ hat uns Sigmar in Dresden zugerufen. Ich kann versichern: Bei der AWO pulsiert das Leben! Wer tatsächlich etwas bewirken will, kann genau hier ansetzen.

(9) Sozialdemokratische Politik als Zukunftswerkstatt

>> EIN BEITRAG VON FELIX PETER SPD HALLE (SAALE)

Politik ist immer Zukunftswerkstatt, denn Politik muss gestalten, anstatt zu verwalten. Während Verwaltung vergangenheits- und maximal gegenwartsorientiert bzw. -basiert ist, muss Politik hingegen immer auf die Zukunft ausgerichtet sein, ansonsten ist Gestaltung nicht möglich.

Die SPD ist in den letzten Jahren vielleicht etwas zu konservativ und damit bewahrend und zu wenig gestalterisch geworden. Das mag daran liegen, dass „Sachzwänge“ die aktuelle Lage der Nation, Länder und Kommunen beherrschen. Doch was sind Sachzwänge anderes als menschengemachte Zustände, die ebenso menschengemacht geändert werden können. Und: Statt blind die sogenannte Neue Mitte zu verteidigen und gleichzeitig die bestimmende Partei im sogenannten linken Spektrum bleiben zu wollen, hätten wir uns darum kümmern sollen, was wir unter einer solchen politischen (Aus-)Richtung überhaupt verstehen.

Wenn „Links“ heißt, Zukunft aktiv menschengerecht auf Basis der Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu gestalten, dann ist es unbestritten, dass die SPD eine linke Partei ist, die gar nicht links genug sein kann. Aber warum muss man es „Links“ nennen, wo doch der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ wesentlich mehr Inhalt hat und der Begriff „Links“ überwiegend negativ konnotiert ist? Anspruch einer Volkspartei sollte es auch nicht sein, ein politisches Spektrum zu bestimmen, sondern sich um die Menschen im

gesamten politischen Spektrum zu kümmern, d.h. auch um diejenigen am rechten Rand. Das heißt nicht, deren menschenverachtenden Ideen aufzugreifen, im Gegenteil: Wir müssen uns darum kümmern, ihnen menschenachtende Ideen nahebringen.

Die SPD ist in der Pflicht - ob in sachzwingender Regierungsverantwortung oder nicht - ein gesellschaftliches Zukunftsbild zu entwerfen und in der Folge anzustreben, in dem die Menschen in unserem Land möglichst frei, gleich und solidarisch leben können. Wir brauchen demnach eine Programmatik, die nicht nur auf die Reaktion auf aktuelle Zu- und Umstände ausgerichtet ist, sondern auch und vor allem auf unsere zukünftige Entwicklung. Prognosen und Schlussfolgerungen aus Prognosen sind die eine Seite, auf der anderen Seite müssen dann auch Schlussfolgerungen in die Tat umgesetzt werden. „Zukunftsblind“ könnte man den derzeit bestimmten politischen Stil schimpfen, und ja, man könnte meinen, Politik verschließt die Augen vor der Zukunft und Regierungen beweisen im Großen und Ganzen selten Weitblick über die nächste Wahl hinaus - wobei sie damit immerhin noch mehr

Weitblick beweisen als weite Teile der wählenden Bevölkerung.

Neben dem Bedarf an weiteren - und vor allem mutigeren - Zukunftspapieren besteht auch ein Bedarf nach politischer Bildung in der Bevölkerung und zwar dergestalt, dass in der Bevölkerung ein Gefühl dafür entsteht, dass Politik langfristig handeln muss, um das Beste für die Bevölkerung herauszuholen, anstatt kurzfristige Interessen zu bedienen. Wir müssen demnach alle wieder „Belohnungsaufschub“ lernen, also die Fähigkeit kurzfristige und kurzweilige kleine Belohnungen zugunsten mittel- wie langfristiger nachhaltiger Erfolge hinten anzustellen.

Wie soll das gehen, angesichts des politischen Desinteresses und der Ohnmacht gegenüber der informationellen Allmacht der Medien? Am nächsten an den Menschen - um einmal eine mittlerweile schon recht alte und gut gemeinte aber schlecht umgesetzte SPD-Kampagne zu bedienen - sind doch die Gliederungen vor Ort. Hier schlummert unser größtes Potenzial und hier besteht unsere weit verzweigteste Vernetzung hinein in die Gesellschaft. Wenn dieses Potenzial erschlossen wird, dann kann es uns gelingen über das Knowhow und die mannigfaltigen



Felix Peter, Vorsitzender der Jusos Halle (Saale).



Erfahrungen der sogenannten Basis zukunftsgerichtete Programmatik Baustein für Baustein zusammensetzen - man muss nur engagiert und zielgerichtet darüber reden, wie wir uns Zukunft vorstellen und die Ergebnisse dann auch niederschreiben. Die „Politik mit Weitblick“ in Sachsen-Anhalt war ein guter Anfang, der wegen Koalitionszwang und Regierungsverantwortung aber ins Abseits geraten ist. Hier muss es eine Fortsetzung geben. Die SPD in Halle hat auf ihrem Parteitag im November 2009 beschlossen, sich der notwendigen Veränderung zu stellen und wird in den nächsten Jahren eine Zukunftsdebatte führen, wobei ein erster Grundstein damit schon

gelegt wurde - und zwar mit einem 2020-Zukunftspapier zu sozialdemokratischen Zielvorstellungen für die Stadt Halle.

Die Nähe zu den Menschen vor Ort sollte aber nicht nur dafür genutzt werden, Erfahrungen zu sammeln, sondern auch Kontakte zu knüpfen und zwar aus der SPD heraus. Die SPD muss quasi eine Partei zum Anfassen werden. Die Jusos Halle versuchen dies, indem sie sich beispielsweise in die halleischen Initiative Zivilcourage einbringen; die Gründung einer Ortsgruppe der Falken und eines Rings politischer Jugend aus den Reihen der Jusos heraus ist in Vorbereitung. Der SPD Stadtverband Halle hat außerdem beschlossen, mit regelmäßi-

gen Bürgerforen und vor allem Bürgersprechstunden im öffentlichen Raum an die Bürgerinnen und Bürger heranzutreten - auch außerhalb der Wahlkampfzeit.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche andere Möglichkeiten, der alten Dame SPD ein Fitnessstraining zu verpassen. Man muss nur die Trägheit überwinden, die die Partei erfasst hat, und die eingespielte und bequeme Routine aufgeben, neue Strategien ausprobieren, auch wenn sie vielleicht nicht immer große Erfolge versprechen. Die alten Strategien jedenfalls haben uns in letzter Zeit gar keine Erfolge mehr gebracht, das sollte als Begründung ausreichen.

(10) Es geht um die Zukunft der SPD als Volkspartei

>> EIN BEITRAG VON BURKHARD LISCHKA SPD MAGDEBURG

Die Wahlniederlage am 27. September war historisch: Das schlechteste Ergebnis für Sozialdemokraten bei einer Reichstags- oder Bundestagswahl.

Der Niedergang war krachend: 10 Millionen Wählerstimmen. Das war eine glatte Halbierung des Stimm-ergebnisses der Bundestagswahl 1998, die uns die erste rot-grüne Bundesregierung in der Geschichte Deutschlands beschert hatte.

1998 war es uns - auch durch den genialen Slogan „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ - in ganz besonderer Weise gelungen, für einen breiten gesellschaftlichen Brückenschlag zu sorgen. Zwischen (A) denen, die von der sozialen Kälte der Kohl Regierung die Nase voll hatten und (B) denen, die mit der SPD und speziell dem Kanzlerkandidaten Gerd Schröder eine besondere wirtschaftspolitische Kompetenz verbunden hatten.

Von solchen Brückenschlägen leben Volksparteien. Und sie bilden die Grundlage für Wahlerfolge.

Aber: Beide Erwartungen haben wir in der Folgezeit - zumindest in den Augen der Öffentlichkeit - nicht erfüllen können.

Die wirtschaftspolitische Kompetenz, das zeigen die unterschiedlichsten Wahlanalysen, ging in den Folgejahren des 11. September 2001 verloren. Damals gelang es Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten erst sehr spät, sich aus der weltweiten Rezession zu befreien und auf den Wachstumspfad zurückzukehren. Fast fünf Millionen Arbeitslose Anfang 2005 waren sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung. Glaubt man den Wahlanaly-

sen, lag die wirtschaftspolitische Kompetenz der SPD bei der Bundestagswahl 2005 sogar noch niedriger als bei der vergangenen Bundestagswahl am 27. September.

Der Prozess sozialpolitischen Kompetenz- und noch wichtiger(!) Glaubwürdigkeitsverlustes war seit 1998 kontinuierlich und stetig. Und vor allem: Dramatisch, geht es doch um den Markenkern der Sozialdemokratie.

Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört, dass es uns in den vergangenen elf Regierungsjahren - teils aus unterschiedlichen Gründen - nicht gelungen ist, soziale Gräben zu verkleinern und soziale Scheren zwischen Arm und Reich zu schließen. Natürlich haben da Teile der Agenda 2010 und Gesetzesvorhaben, wie die Rente mit 67, in den Augen der Öffentlichkeit wie Brandbeschleuniger gewirkt. Die Aussicht, nach einem 30 oder 40-jährigen Arbeitsleben innerhalb von 12 bis 18 Monaten in Hartz IV abzurutschen und genauso behandelt zu werden wie jemand, der in seinem Leben noch nie einer Beschäftigung nachging, hat Abstiegssängste bis tief in die Mitte unserer Gesellschaft getrieben. Mit der Partei, die sich immer in ihrer Geschichte über bessere Lebensperspektiven und Aufstiegschancen für möglichst viele definierte, wurden auf einmal Zukunftsängste verbunden. Das konnte nicht folgenlos für die Sozialdemokratie bleiben.

Gleichwohl wäre es ein Trugschluss zu glauben, man müsse nur einige Änderungen bei der HartzIV-Gesetzgebung vornehmen, die Rente mit 67 korrigieren und die Mehrheitsfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie wäre wieder hergestellt. Nicht nur die deutsche, sondern die gesamte europäische Sozialdemokratie steht vor der großen Herausforderung, ein schlüssiges Konzept zu entwickeln, wie Sozialstaatlichkeit auch unter den veränderten Rahmenbedingungen einer globalisierten Welt erhalten und fortentwickelt werden kann. Und nicht zuletzt: Wie das Primat der Politik gegenüber weltweit agierenden Großkonzernen und Finanzströmen verteidigt bzw. wiederhergestellt werden kann.

All diese Überlegungen müssen mit einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik verbunden werden, die Grundlage und Bedingung für jedes sozialstaatliche Handeln ist. Hier bietet der Deutschland Plan Frank Walter Seinemiers beste Voraussetzungen und genügend Stoff für weitere Überlegungen.

Insofern muss es darum gehen, wieder einen breiten gesellschaftlichen Brückenschlag zu organisieren. Wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz, gepaart mit einer Politik, die Lebens- und Aufstiegschancen für alle eröffnet, sind hierfür Voraussetzung. Dies schließt allerdings aus, eine Strategie zu verfolgen, die darauf abzielt, einfach etwas nach links zu rutschen



Burkhard Lischka. Mitglied des Deutschen Bundestages.

und zu glauben, dies würde genügend Substanz herstellen, um die SPD als Volkspartei zukunftsfähig zu machen. Wenn sich Linke und SPD mit identischen Positionen am linken Rand der Parteienskala treffen, wird das dem linken Lager insgesamt nicht nutzen, sondern für beide zu Gesamtergebnissen von 25-30% führen. Insofern muss sich die Sozialdemokratie über ihre eigenen Themen und Ziele und nicht über die anderer politischer Gruppierungen definieren.

Aber, richtig ist auch: Die eigene Identität ist der eine, Kooperationsfähigkeit der andere Schlüssel für Wahlerfolge. Der letzte Bundestagswahlkampf hat auch darunter gelitten, dass der SPD klare Machtoptionen fehlten. Man kann nicht auf der einen Seite - vollkommen

zu Recht- die marktradikale Politik der FDP bekämpfen, um dann im gleichen Atemzug der FDP eine Ampelkoalition anzubieten. Das ist und bleibt ein Widerspruch und den durchschauen Wähler schnell. 2013 wird sich Schwarz-Gelb zur Wiederwahl stellen. Es wäre keine plausible Machtoption, wenn die SPD dann nur in Erwägung ziehen würde, Partner einer Ampel- oder Großen Koalition zu werden. Die jetzigen Oppositionsparteien müssen bereit sein, schwarz-gelbe Regierungsbündnisse abzulösen. Denn jeder Wahlkampf lebt auch von klaren Macht- und Wechselperspektiven! Ich bin mir allerdings sicher, dass dieser Annäherungsprozess mehr Häutungs- und Klärungsprozesse in der LINKEN als in unserer Partei voraussetzt.

Zu aller erst muss es der SPD jetzt wieder gelingen, einen intensiven Kontakt zu den unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus herzustellen: In die Plattenbausiedlungen der ostdeutschen Großstädte genauso wie in viele Vereine und Gruppen im ländlichen Raum. Zu den Aufsteigern der Kreativwirtschaft genauso wie zu Hartz-IV-Empfängern und kleinen Handwerksmeistern.

Die Schwarz-gelbe Bundesregierung wird uns sehr schnell dabei helfen, Zweifel bei denjenigen zu zerstreuen, die uns am 27. September nicht gewählt haben. Ein Ersatz für sozialdemokratische Politikansätze ist dies allerdings nicht. Denn: Es geht um die Zukunft der SPD als Volkspartei. Und nicht um weniger.

(11) Weichenstellungen für die SPD

>> EIN BEITRAG VON KATRIN BUDDÉ SPD MAGDEBURG

Am 27. September hat die SPD von den Wählerinnen und Wählern eine harte Quittung bekommen. Anders als bei den vorangegangenen Bundestagswahlen haben uns viele Menschen nicht mehr zugetraut, die Probleme in unserer Gesellschaft zu lösen.

Die Gründe dafür haben Namen - Hartz IV, Rente mit 67 und Mehrwertsteuererhöhung - reichen aber jenseits der plakativen Schlagworte tiefer. Der Kern der SPD besteht seit ihrer Gründung aus drei Säulen, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Dabei war der Begriff der Freiheit an das Versprechen auf persönliche Entfaltung und sozialen Aufstieg, der Begriff der sozialen Gerechtigkeit an die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand und der Begriff der Solidarität an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Erhaltung und Mehrung dieses Wohlstandes gekoppelt.

Alle diese Säulen haben in den Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung im Bund einige Risse bekommen. Objektiv geht die Spreizung zwischen Arm und Reich unserer Gesellschaft immer weiter auseinander, die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand gerät zusehends aus der Balance. Objektiv ist es für Kinder aus bildungsfernen Schichten schwerer, gute Abschlüsse zu erreichen, mithin auch schwerer, sozial aufzusteigen. Trotz der Rente mit 67 ist das Vertrauen in die gesetzliche Rente als stabile Alterssicherung schwer erschüttert. Die Rente mit 67 an sich negiert die Unterschiede zwischen den Berufsbildern und erklärt die individuelle Lebensleistung ebenso wie Hartz IV für irrelevant, wobei Hartz IV die Angst vor dem sozialen Abstieg in die

Mittelschicht getragen hat. Zudem wurde durch die Privatisierungswut bei öffentlichem Eigentum und die Fixierung auf Markt und Wettbewerb gesamtgesellschaftliche Verantwortung für den Erhalt gesellschaftlichen Wohlstands in Frage gestellt.

Ob all diese Defizite durch das Regierungshandeln der SPD originär verursacht wurden - das wurden sie nämlich nur zu einem gewissen Teil - spielte bei der Wahlentscheidung keine Rolle und wird es auch in Zukunft nicht, sie werden der SPD in jedem Fall zugeschrieben. Vor uns liegt daher sie Herausforderung, die Risse in den Säulen zu kitten und die Menschen davon zu überzeugen, dass wir weiter für unseren Markenkern stehen. Dazu gilt es, drei grundlegende Weichenstellungen vorzunehmen:

(1) Einklang von programmatischen Inhalten und konkretem politischen Handeln/ Regierungshandeln: Die SPD hat gute Antworten auf die gesellschaftlichen Probleme in unserem Land - z.B. die Bürgerversicherung als Antwort auf die Misere im Gesundheitssystem, längeres gemeinsames Lernen und lebenslanges Lernen als Antwort auf die Missstände im Bildungssystem, Mindestlöhne und gute Arbeit als Antwort auf die Verwerfungen am Arbeitsmarkt, höhere Spitzensteuersätze zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben.

Leider hat sie diese in Regierungsverantwortung nicht umsetzen können oder sogar konterkariert. Das muss sich ändern.

(2) Innerparteilicher Diskurs: Die Wiederherstellung der innerparteilichen Willensbildung ist bereits vielfach zu Recht angemahnt worden. Wir brauchen einen lebendigen innerparteilichen Diskurs, ohne den die Lösung gesellschaftlicher Probleme in keiner Weise möglich ist. Diese Lebendigkeit müssen wir auch in Zeiten von Regierungsbeteiligungen erhalten. Die reflexhafte Zustimmung zu Regierungsvorlagen, sei es auch eigener Regierungsmitglieder, ist kein Ausweis für die Regierungsfähigkeit der SPD. Sie eignet sich nicht zum Kanzlerwahlverein.

(3) Öffnung der SPD nach außen: Die SPD muss sich nach außen öffnen. Dazu gehört sowohl eine inhaltliche als auch eine personelle Öffnung. Wir brauchen den Input von außen, um neue gesellschaftliche Entwicklungen aufnehmen und ihnen begegnen zu können. Die Gründung der Grünen oder der Piratenpartei sind kein Ausweis für den Integrationswillen der SPD. Daran müssen wir arbeiten.

Diese Weichenstellungen allein sind nicht die Lösung für die Probleme der Sozialdemokratie, aber sie sind die Voraussetzung dafür, zu erfolgreichen Lösungen zu kommen.



Katrin Budde, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.